Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 64 (1977)
Heft: 19

Rubrik: Aus Kantonen und Sektionen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Verfahren stark in den Vordergrund. Dazu gehören zum Beispiel Rollen- und Planspiele, Fallstudien, Betriebserkundungen und projektorientierter Unterricht.
Einige Randbedingungen der Entwicklungsarbeit sind durch folgende *Vorentscheide des Auftraggebers* gegeben:

- Entscheid für ein besonderes (Wahl)fach «Wirtschaftskunde»
- Einschränkung auf das 7.–9. Schuljahr
- Keine Differenzierung des Lehrplans nach den drei Schultypen der Sekundarstufe I
- Beschränkung des Umfangs auf ungefähr 80 Lektionen
- Vorgehen nach dem Modell für Lehrplangestaltung und Unterrichtsplanung, welches vom Institut für Wirtschaftspädagogik an der Hochschule St. Gallen entwikkelt und bereits praktisch erprobt worden ist.

Zur *Ermittlung des Ausbildungsbedarfs* dienten folgende Analysen:

- Analyse der allgemeinen Zielvorstellungen über wirtschaftliche Bildung auf der Sekundarstufe I (Lehrplananalysen)
- Analysen der Erwartungen der Abnehmer: weiterführende Schulen, Wirtschaft, menschliche Gemeinschaft
- Analyse der Fachwissenschaft
- Analyse der Voraussetzungen der Lernenden, d. h. Trendanalyse der Interessen- und Motivationslage sowie der Vorbildung der Lernenden (zu diesem Zweck wurde eine schriftliche Befragung von 280 Oberstufenschülern durchgeführt)
- Analyse der Einstellungen und der bisherigen Aktivitäten der Oberstufenlehrer (schriftliche Befragung von 180 Lehrern).

Für den Lehrplanentwurf und die Formulierung der Lernziele wurde in Anlehnung an die didaktischen Zielvorstellungen ein Lernzielkatalog für die vier Themenkreise Privathaushalt, Konsum und Werbung, Berufs- und Arbeitswelt, wirtschaftliche Grundbegriffe und Zusammenhänge ausgearbeitet. Als Entwurf von Unterrichtseinheiten liegen zurzeit Basistexte für die Lehrer mit methodischen Anregungen und Hinweisen für die genannten vier Themenkreise vor.
Dieses Projekt, an dessen Planung Vertreter der Lehrerschaft beteiligt sind und dessen Ergebnisse die Grundlage von Schulversuchen bilden werden, soll 1978 abgeschlossen werden.

Kontaktadresse: Dr. Hans Seitz, Institut für Wirtschaftspädagogik der Hochschule St. Gallen, Guisanstrasse 9, 9010 St. Gallen, ✆ 071 - 22 05 77.

Die Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung informiert laufend über Bildungsforschungsprojekte in der Schweiz. Die in Loseblatt-Form herausgegebene «Information Bildungsforschung» kann von Interessenten kostenlos bezogen werden.
Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung, Entfelderstrasse 61, 5000 Aarau, Telefon 064 - 21 19 16.

Aus Kantonen und Sektionen

Zürich:
Besinnung auf das Wesentliche als Aufgabe der Schule

Die 144. ordentliche Versammlung der Schulsynode des Kantons Zürich hat am 19. September in Bülach stattgefunden.
Im Zentrum der Synodalversammlung stand das Referat von Prof. Dr. Rolf Dubs, der an der Hochschule St. Gallen den Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik innehat und zu dessen Spezialgebieten die Curriculumsforschung zählt. Er setzte sich unter dem Titel «Rezession in der Schule – Besinnung auf das Wesentliche in ihrer Aufgabe» kritisch mit der «Verintellektualisierung» der Schule auseinander, die unter anderem eine Folge des falsch verstandenen sozialpolitischen Postulates der Chancengleichheit ist, aber auch genährt wird von übertriebenem Ehrgeiz, der in Lehrpläne gelegt wird – Curriculumsforscher und die mit ihnen zusammenarbeitenden Praktiker geraten immer wieder in einen für die Schulpraxis übertriebenen Perfektionismus.
Dubs forderte den Verzicht auf die an den Begriff der Chancengleichheit geknüpte Utopie der Erfolgsgleichheit; was anzustreben ist, sind gleiche Startbedingungen, unter Anerkennung der Realität unterschiedlicher Begabungen, wobei das Schwergewicht vermehrt auf die Unterstufe der Primarschule zu legen wäre. Auf sinnvolle Lernleistung kann die Schule nicht verzichten, doch

hätte sie sich an Lebensproblemen, nicht an Aufstiegschancen zu orientieren. Schulreformen sollten sich auf innere Reformen konzentrieren; mit Schulversuchen sollte Zurückhaltung geübt werden, damit die scharfen Anforderungen, die an sinnvolle Schulversuche gestellt werden müssen, erfüllt werden können. Schliesslich empfahl Dubs auch, in der Lehrerbildung mehr emotionale Lehrstrategien zu berücksichtigen.

Nachdem Synodalpräsident Baumgartner schon in seinem Begrüssungswort auf aktuelle gesetzgeberische Arbeiten im zürcherischen Bildungswesen hingewiesen hatte, wobei er die Hoffnung aussprach, dass nach dem Scheitern des Universitätsgesetzes ein den Wünschen der Lehrerschaft im wesentlichen entsprechendes neues Gesetz über die Organisation des Unterrichtswesens (Dachgesetz) verwirklicht werden könne, kam der Erziehungsdirektor, Regierungsrat Alfred Gilgen, in seiner Orientierung über aktuelle Schulfragen ebenfalls auf den Stand der Gesetzgebungsarbeiten zu sprechen. Der Entwurf zum neuen Dachgesetz soll «in Bälde» dem Regierungsrat unterbreitet werden; es geht dabei in erster Linie um die Reform der Synode und um den Einbau des Kindergartens in das kantonale Bildungswesen. In bezug auf das Universitätsgesetz ist die weitere Entwicklung offen. Nachdem von der Regierung eine Teilrevision des Unterrichtsgesetzes mit Ziel einer Straffung der Universitätsführung eingeleitet worden ist, befasst sich nun auch eine kantonsrätliche Kommission mit einer parlamentarischen Initiative für ein neues Universitätsgesetz, und es sollen im weiteren Bestrebungen zu einer Volksinitiative im Gange sein.

Der Entwurf des Regierungsrates zu einem neuen Lehrerbildungsgesetz hat in der ersten Lesung durch die vorberatende Kommission des Kantonsrates keine grundsätzliche Umgestaltung erfahren; zu den wesentlichen Änderungen, die von der Kommission vorgenommen worden sind, gehören das ausserschulische Praktikum für angehende Lehrer und die Festsetzung der Ausbildungsdauer für Primarlehrer auf 4 bis 6 Jahre. Der festzustellende «Fehler» in bezug auf die Ausbildungsdauer beim Weg über das Unterseminar ist nach Meinung des Erziehungsdirektors vorläufig in Kauf zu nehmen und erst im Zusammenhang mit dem neu zu schaffenden Mittelschulgesetz zu korrigieren, wo das Problem des Anschlusses der Mittelschulen an die Volksschule generell überprüft werden muss. Schliesslich wies der Erziehungsdirektor darauf hin, dass der vorliegende Entwurf eines neuen Lehrerbildungsgesetzes das Maximum dessen enthalte, was sich auch verwirklichen lasse, und er ersuchte die Lehrerschaft, die Vorlage nicht zu gefährden durch öffentliche Auseinandersetzungen zwischen Primar- und Sekundarlehrern über die vorgesehene gemeinsame Grundausbildung.

(NZZ Nr. 220, 20. September 1977)

Thurgau:
Ein thurgauisches Gesetz über die Mittelschulen

Die Regierung des Kantons Thurgau hat den Entwurf eines Gesetzes über die Mittelschulen zur Vernehmlassung herausgegeben. Er fusst auf den Vorschlägen einer Expertenkommission, die auf Grund einer Motion im Grossen Rat den Auftrag erhalten hat, die sachkundige Vorarbeit zu leisten. Da die Bestimmungen des Gesetzes über das Unterrichtswesen, das noch die Volksabstimmung zu passieren hat, auch für das Gebiet der Mittelschule gelten, konnte das Mittelschulgesetz als Stufengesetz kurz gefasst werden.
Es soll bei den drei Maturitätsschulen in Frauenfeld, Romanshorn und Kreuzlingen bleiben. Die beiden Kantonsschulen am Bodensee, die vor einigen Jahren eröffnet wurden und anfänglich schwach frequentiert waren, haben unterdessen einen derart starken Zudrang erfahren, dass die Schulräume, die dort zur Verfügung gestellt wurden, nicht mehr genügen. Auch in Frauenfeld, das durch die beiden neuen Schulen entlastet werden sollte, muss eine Baracke nach der andern neben das Kantonsschulhaus aus dem Jahre 1911 gestellt werden. Wurde bei der Abstimmung über die Errichtung zweier neuer Kantonsschulen seinerzeit von oben herab versichert, die Schüler könnten die Schule frei wählen, so soll nun der Grosse Rat befugt werden, für die einzelnen Schulorte das Einzugsgebiet zu bestimmen. Neu ist auch, dass die Schüler das Recht erhalten, dem Lehrerkonvent Anträge zu unterbreiten und durch Vertreter der Schülerschaft zu begründen. Bei den Bestimmungen über die Lehrerbildung ist hervozuheben, dass die Schulzeit von vier auf fünf Jahre verlängert werden soll, und zwar entfallen drei Jahre auf die allgemeinbildende Stufe und zwei Jahre auf eine vorwiegend berufsbildende, das heisst, es wird ein Unter- und ein Oberseminar geschaffen. Auf Beschluss des Grossen Rates können Seminare der allgemeinbildenden Stufe in Kreuzlingen, Frauenfeld und Romanshorn geführt werden. Man erwartet von einer Dezentralisation eine Vermehrung der Seminaristenzahl, die nach einer Hochflut auffallend stark zurückgegangen ist, so dass man wieder mit einer Lehrerknappheit rechnen muss, obschon auch die Schülerzahlen stark abnehmen. Es ist anzunehmen, dass noch mehr kleine Landschulen eingehen. Eine neu zu schaffende Diplommittelschule soll die Grundausbildung für Pflegeberufe, Kindergärtnerinnen sowie Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen vermitteln. Die eigentliche Berufsbildung übernähmen Seminare. Das Oberseminar für Lehrer soll im heutigen Lehrerseminar in Kreuzlingen seinen Standort haben.